

Die allein gelassenen Kinder

Hilgers: Fatale Folge von Hartz IV

l6/jd **Osnabrück/Berlin.** Der Tod des kleinen Kevin war für die Osnabrücker Erziehungswissenschaftlerin Maud Zitelmann vorhersehbar. In den alten Bundesländern sind nur 29 Prozent der im Jugendamt arbeitenden Vormünder ausgebildete Sozialpädagogen, kritisiert sie.

„Die anderen sind Verwaltungsfachkräfte, die ohne Fachausbildung in den schwierigsten Fällen der Jugendhilfe arbeiten. Sie müssen erkennen, welche therapeutischen und pädagogischen Hilfen das Kind braucht“, so die Wissenschaftlerin, die seit Jahren an Studien zur Vormundschaft arbeitet. Auch sei kaum zu erwarten, dass sie die Interessen der Kinder ohne Rücksicht auf den Kostendruck ihres Amtes wahrnehmen.

In Osnabrück kümmern sich zwei Angestellte um 160 Kinder. Laut Zitelmann sind 35 Fälle pro Person tragbar. Eine repräsentative Befragung von Amtsvormündern in Deutschland aus dem Jahr 2000 zeigt: 54 Prozent sehen die Kinder bis zu einmal im Jahr, knapp 30 Prozent noch seltener. „Wenn es brennt, fahren sie zu den Familien“, erzählt Zitelmann. „Ob es brennt, wissen sie oft erst, wenn Kinder sich melden.“

Eine zweite Erhebung in deutschen Jugendämtern brachte eine weitere erschreckende Zahl: 13,3 Prozent der Kinder bleiben selbst dann bei ihren Eltern, wenn das Sorgerecht dem Jugendamt übertragen wurde; weitere 11,5 Prozent in der Familie der Eltern. „Einem solchen Eingriff in das Elternrecht gehen oft lange, erfolglose Hilfen voraus“, so Zitelmann.

Sie fordert eine Reform des Vormundschaftsrechts und eine unabhängige Behörde,

die ausgebildete Berufsvormünder beschäftigt. „Außerdem brauchen wir eine Untersuchung der Strukturen“, meint sie. „Für alles gibt es Untersuchungsausschüsse, für den staatlich verantworteten Tod von Kindern nicht.“

Der Deutsche Kinderschutzbund sieht einen Zusammenhang zwischen wachsender Armut und der gestiegenen Zahl von Fällen der Kinder-Verwahrlosung. Präsident Heinz Hilgers sagte unserer Zeitung, zwar gehe der überwiegende Teil der armen Menschen „sehr liebevoll“ mit seinen Kindern um. Dennoch würden 99 Prozent der Verwahrlosungsfälle in armen Familien registriert. Eine „fatale Folge von Hartz IV“ nannte Hilgers die Trennung von Jugend- und Sozialhilfe. Früher habe sich der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes automatisch um Sozialhilfefamilien gekümmert. Dies sei durch die Reform weggefallen.

Ein Frühwarnsystem, wie es Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen anstrebe, könnten nur die Kommunen errichten, betonte er. Die Bundesregierung müsse aber Landkreise, Städte und Gemeinden so ausstatten, dass dies finanzierbar sei. „Das ist nicht der Fall.“ Ausdrücklich begrüßte Hilgers von der Leyens Plädoyer, Kinderrechte in der Verfassung zu verankern. „Das haben wir schon immer gefordert.“ Er selbst sei entsetzt gewesen, als der Tierschutz in die Verfassung gekommen sei, Kinder aber außen vor blieben. „Ein Land, das den Tierschutz in die Verfassung aufnimmt, nicht aber die Kinderrechte, muss sich nach seiner Werteordnung fragen lassen“, betonte der Kinderschutzbund-Präsident.